## »Ein Umfeld schaffen, das diskriminierungsarm ist«

Eine Stellungnahme der GEW-AG Queere Lehrer\*innen Hamburg

Der Antrag zum Verbot gendergerechter Sprache der Volksinitiative *Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung* ist diskriminierend für alle Menschen, denen die Geschlechterbinarität Probleme bereitet oder die diese ablehnen.

Geschlechterbewusste Sprache ist sich der Vielfalt an (sozialen) Geschlechtern nicht bewusst, wenn sie nur zwei Geschlechter anerkennt und widerspiegelt.

Etwa 1,5 % bis 2 % aller Kinder und Jugendlichen nehmen das zugewiesene Geschlecht im Widerspruch zu dem wahr, was sie selbst als ihre geschlechtliche Identität empfinden. Unter den rund 250.000 Schüler\*innen, die im Verantwortungsbereich der *Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg* (BSB) an allgemein- und berufsbildenden Schulen unterrichtet werden, sind – konservativen Schätzungen zufolge – zwischen 3700 und 5000 trans\* oder inter\*. Ein nicht geringer Anteil dieser Schüler\*innen befindet sich in der Findungsund Zuordnungsphase, kann oder möchte sich also keiner der beiden klassischen Geschlechterschubladen zuordnen

Wir fordern für die Menschen, die in Hamburgs Schulen lernen und arbeiten, ein Umfeld zu schaffen, das diskriminierungsarm ist. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Oktober 2019 (AZ: 1 BvR 2019/16) schützt das allgemeine Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 Abs. 1 GG insbesondere auch die geschlechtliche Identität vor Diskriminierung derjenigen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen. Nach unserem Verständnis gilt dies insbesondere im geschützten Raum der Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen.

Die GEW hat in einem Grundsatzbeschluss auf dem Gewerkschaftstag 2013 unter dem Titel Faire An-Sprache in der GEW – Geschlechterdemokratie in Wort und Bild gefasst, dass der Gebrauch des Gendersternchens (z.B. Lehrer\*innen) auch Menschen ansprechen soll, die sich nicht in binären Geschlechterkategorien wiederfinden. Wir finden es daher fatal, wenn dieser Gebrauch aus dem Schulleben und den Behörden verschwinden muss,

wie es von der Volksinitiative Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung gefordert wird.

Die AG Queere Lehrer\*innen in der GEW unterstützt die Position der Gleichstellungssenatorin Katharina Fegebank, die eine ›Kann-Regelung (fordert, mit der das Verwenden von gendersensibler Sprache ermöglicht werden, jedoch nicht vorgeschrieben oder verboten sein soll (vgl. NDR vom 07.01.2023).

AG QUEERE LEHRER\*INNEN HAMBURG (15. Januar 2023)

## **Ouellen:**

\*Silvia Plahl: *Transidentität bei Kindern – Die schwierige Entscheidung der Geschlechtsangleichung*, SWR-Wissen vom 15.09.2022, https://www.swr.de/swr2/wissen/transidentitaet-bei-kindern-die-schwierige-entscheidung-dergeschlechtsangleichung-100.html.

